

Kapitel 7: Gerechtigkeit weltweit

"Dann tragen die Berge Frieden für das Volk und die Höhen Gerechtigkeit. Er wird Recht verschaffen den Gebeugten im Volk, Hilfe bringen den Kindern der Armen ..." (Ps 72,3f).

Unmittelbar nach dem Friedenskapitel leitet der Text zu den Fragen der internationalen Verteilung der Güter und zur globalen Gerechtigkeit über. Kapitel 7 (S. 98-105) ist das vorletzte "inhaltliche" Kapitel des Sozialwortes der christlichen Kirchen in Österreich. Es wendet sich gegen die vorherrschende Deregulierung aller Finanzmärkte und internationale Maßnahmen, die die ärmsten Länder in Abhängigkeit halten. Der Politik des internationalen Neoliberalismus wird eine Absage erteilt.

Der Begriff der **Globalisierung** steht gleich am Beginn dieses Kapitels. Technische, ökonomische, kulturelle Vernetzung sind eng verbunden mit krass ungerechten Verteilungen: die Hälfte der Erdbevölkerung kämpft um die Befriedigung der Grundbedürfnisse, 2/3 haben weniger als 2 Euro pro Tag. Frauen leisten mehr Arbeit, haben aber nur einen Bruchteil des Vermögens etc. (Nr. 261f). Die Liberalisierung der Finanzmärkte ist Ursache für viele Wirtschaftskrisen, der Neoliberalismus wird für die einseitige Ausnützung der großen Chancen der Globalisierung verantwortlich gemacht. Die reichen Länder verstehen es, die internationalen Spielregeln und Abkommen zu ihrem einseitigen Vorteil zu gestalten. WTO (Welthandelsorganisation), IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank bewirken oft - auch wenn es anders titulierte ist! - die Verschärfung der Armut und Ausbeutung, etwa durch ihre Bedingungen an Schuldner- und Schwellenländer. Hilfsprogramme sollten gemeinsam mit der Bevölkerung der ärmsten Regionen entwickelt werden. (Vgl. Nr. 263-266).

Es braucht, so sagen die Kirchen, nun zwar einerseits all diese internationalen Organisationen, aber sie sind keiner demokratischen und humanitären Kontrolle unterworfen. *"Ein wichtiger Schritt ist der Umbau von Steuerungs- und Entscheidungsstrukturen internationaler Institutionen. Eine Stärkung der verschiedenen Einrichtungen der UNO gegenüber anderen internationalen Organisationen wie WTO, IWF und Weltbank könnte ein wesentlicher Beitrag zu mehr Gerechtigkeit sein."* (Nr. 267). Kritisiert wird der - im EU-Durchschnitt - sehr niedrige staatliche Beitrag Österreichs zur Entwicklungshilfe (Nr. 268). Hervorgehoben werden die kirchlichen Erfahrungen, die mehr bei den Menschen an der Basis ansetzen und nachhaltiger zur echten Entwicklung beitragen (Nr. 269). Christen sollen einen Konsum der sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweisen einüben (Nr. 271). Eine gerechtere Handels-, Finanz- und Sozialpolitik weltweit sei nötig. Besonders wollen die Kirchen sich für Menschenrechte (von Kindern, Frauen, Völkern etc.) einsetzen (Nr. 272f).

Die Kirchen wollen ab sofort mehr Mittel für Bewusstseinsbildung und für direkte Entwicklungsförderung ausgeben - dafür wird eine Arbeitsgruppe beim ökumenischen Rat der Kirchen eingerichtet (Nr. 274f). Beobachtung globaler Vorgänge, Menschenrechte, eine "Neupositionierung der UNO" und NGO-Engagement für Demokratie weltweit soll das Engagement der Kirchen bereichern.

Von der österreichischen Bundesregierung verlangen die Kirchen einen **Stufenplan zur Erhöhung der Entwicklungshilfe** auf 0,7 % des BIP, mehr Information, steuerliche Absetzbarkeit von Spenden (Nr. 279f). Sie fordern die Prüfung internationaler Abkommen (vgl. GATS) auf ihre Sozial- und Umweltverträglichkeit, besonders hinsichtlich der Frauen (Nr. 281). Sie fordern **Entschuldung** (Nr. 282), eine Stärkung und **Reform der UNO** - mit höherem Budget - und verlangen ausdrücklich mehr "Regulierung der Finanzmärkte" unter

Lesehilfe 11

beispielsweiser Nennung der sogenannten "Tobin-Steuer" (Steuer auf Spekulationsgewinne), wie sie von ATTAC gefordert wird (Nr. 283).